# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

**Erscheint**
wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat **1 G.-Mk.** frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild".
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen **1,20 Mk.**
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27

**Anzeigen**
werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit **15 Pfg.** berechnet; auswärts **20 Pfg.** Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile **40 Pf.** Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beileglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postscheckkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt **15 Pfg.** Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer .·. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 44. Dienstag, den 12. April 1927. 20. Jahrgang.


Gutem Rat zu folgen
ist niemand zu alt und zu weise.

## Einheitliches Polizeirecht.

Die Rechtsverhältnisse der preußischen Polizeibeamten bedürfen seit Jahren noch einer den neuen Verhältnissen angepaßten endgültigen Regelung. Wichtige und für die Polizeibeamtenschaft bedeutsame Fragen sind bisher nur durch einfache Verwaltungsbestimmungen geregelt, während sie bei den übrigen Staatsbeamten gesetzlich festgelegt sind. Die Regierungsbesprechungen über die Schaffung eines neuen Polizeibeamtengesetzes sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Das preußische Staatsministerium hat den Entwurf eines endgültigen Polizeibeamtengesetzes ausgearbeitet und die Vorlage dem Landtag zur Weiterberatung zugeleitet.

Die Regierung bezeichnet den Entwurf als eine wesentliche Besserstellung der Polizeibeamtenschaft und als einen großen Schritt vorwärts zum Ausbau der Einheitspolizei. Was die Berufsverbände der Polizei betrifft, haben diese Abänderungsvorschläge gemacht, die zum Teil Berücksichtigung gefunden haben, zum Teil aber auch als undurchführbar von der Regierung abgelehnt worden sind. Das weitere Schicksal des Gesetzentwurfs ist von den Beschlüssen des Landtags abhängig, der in den nächsten Wochen die Vorlage eingehend beraten wird.

Welches sind nun die wichtigsten Aenderungen, die der Regierungsentwurf gegenüber den bisherigen Verhältnissen bringt? Zunächst bringt das Gesetz eine endgültige Regelung, während die jetzigen Bestimmungen nur eine Uebergangsregelung darstellen. Fernerhin wird das gesamte Polizeibeamtenrecht einheitlich für alle Dienstzweige der staatlichen und kommunalen Polizei zusammengefaßt und die Polizeibeamtenschaft, insbesondere die der Schutzpolizei, in das allgemeine Beamtenrecht mit eingegliedert. Die Regierungsvorlage will außerdem den Polizeibeamtenberuf zu einem Lebensberuf machen. Zu diesem Zweck sollen die Stellen im Polizeidienst außerhalb der Schutzpolizei in erster Linie Schutzpolizeibeamten vorbehalten bleiben, während diese Posten bisher in der Hauptsache mit Versorgungsanwärtern aus dem Heere und mit Zivilanwärtern besetzt wurden.

Der Uebergang eines Beamten von der Schutzpolizei in einen anderen Polizeidienstzweig (Landjägerei, Kriminalpolizei, Polizeiverwaltungsdienst) oder in die Kommunalpolizei ist nicht von dem Erwerb eines Polizeiversorgungsscheins nach einer 12jährigen Dienstzeit abhängig. Der Uebergang erfolgt vielmehr ohne Ausscheiden aus dem Staatsdienst und ohne Wartezeit unmittelbar durch Uebernahme. Gesetzliche Voraussetzung für die Uebernahme ist lediglich eine Dienstzeit von acht Jahren in der Schutzpolizei und eine Probedienstzeit, die neun Monate nicht überschreiten soll. Während der Probedienstzeit bleibt dem Beamten jederzeit der Rücktritt in die Schutzpolizei offen. Polizeiwachtmeister, die nicht bereits früher in einen anderen Polizeidienstzweig übergegangen sind oder dies noch später wollen, haben mit Vollendung der zwölfjährigen Dienstzeit grundsätzlich im Rahmen des Haushaltsplanes die unkündbare Anstellung in der Schutzpolizei zu gewärtigen. Nur für den Fall, daß ausnahmsweise ein Mangel an Stellen eintritt, will die Regierung eine Möglichkeit zur Kündigung haben. Während bisher das Ausscheiden nach zwölf Dienstjahren die Regel war, ist jetzt die Anstellung nach zwölf Dienstjahren die Regel und das Ausscheiden die Ausnahme.

Ein wesentlicher Unterschied gegenüber dem bisherigen Zustande besteht darin, daß jetzt bis zum zehnten Dienstjahre auch noch Kündigung wegen Ungeeignetheit möglich ist. Eine weitere Aenderung haben die Bestimmungen über die Ehebeschränkung der Schutzpolizeibeamten erfahren. Bisher galten diese Vorschriften für Schutzpolizeibeamte bis zu einer Gesamtdienstzeit von sieben Jahren und einem Lebensalter von 27 Jahren. In Zukunft gilt die Beschränkung nur noch für Polizeianwärter und die zur Bereitschaftspolizei gehörenden Beamten. In den Ausführungsbestimmungen soll vorgesehen werden, daß diese Ehebeschränkung nicht über das 27. Lebensjahr wirksam wird.

Weiterhin verbessert das Gesetz die Aufstiegsmöglichkeiten in der Landjägerei. Während in der preußischen Landjägerei bisher nur insgesamt 38 Stellen für höhere Aufsichtsbeamte bestanden, will die neue Vorlage schon für 1927 279 Posten für Landjägereioffiziere schaffen. Erwähnung ferner verdient die Neuregelung der Unfallfürsorge, durch die das Ruhegehalt auf 80 bis 100 Prozent des bisherigen Diensteinkommens erhöht wird.

Die in dem Gesetzentwurf vorgeschlagene Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Schutzpolizei erstreckt sich jedoch zunächst nur auf die nach dem 31. März 1926 eingetretenen Beamten. In welchem Umfange und zu welchen Zeitpunkten auch die übrigen Schutzpolizeibeamten unter die Herrschaft des neuen Gesetzes treten können, soll dem Innenminister und dem Finanzminister zur Entscheidung überlassen bleiben.

## Bruch Rußlands mit China.

Protestnote an Peking. — Der Gesandte abberufen.

Die russische Regierung hat dem chinesischen Geschäftsträger in Moskau eine Note überreicht, in der gegen den Ueberfall auf die russische Botschaft in Peking Protest erhoben wird. Das Vorgehen der Polizei und d[illegible] als eine unerhörte Verletzung des Völkerrechts bezeichnet, das ohne Beispiel sei. Um diese Gewalttaten und Plünderungen ungestört verüben zu können, habe man dem Vertreter der Botschaft und dem Geschäftsträger selbst den Zutritt zu den durchsuchten Räumen verweigert.

Unter diesen Umständen sei eine notwendige Kontrolle des Verzeichnisses der beschlagnahmten Gegenstände ausgeschlossen. Es bestünde daher keine Garantie dafür, daß die angeblich gefundenen Dokumente für die

**Vorbereitung eines Aufstandes in Nordchina**

tatsächlich auch in den durchsuchten Räumen entdeckt worden seien. Wenn das Pekinger Kabinett in Erfahrung gebracht habe, daß auf dem der Sowjetbotschaft unterstellten Territorium sich chinesische Bürger befänden, denen es eine gegen seine Interessen gerichtete Tätigkeit zuschrieb, hätte es die Sowjetbotschaft davon in Kenntnis setzen müssen. Statt dessen habe man sich an das diplomatische Korps gewandt. Diese Zusammenarbeit von Soldaten und Polizei der Peking-Regierung und des Vertreters des diplomatischen Korps beleuchte die wahren Ursachen der empörenden Gewalttaten und der Verletzung des Völkerrechts und sei der beste Beweis dafür, in wessen Interesse die Gewalttaten begangen wurden. Die Note fährt dann fort:

„Indem die Sowjetregierung gegen diese Gewalttaten und Rechtsverletzungen entschieden protestiert, erachtet sie es als notwendig, auf der Erfüllung folgender elementarer Forderungen zu bestehen:

**1. Die chinesischen Militäraufgebote und die Polizei müssen unverzüglich aus den Räumen des Militärattachés, der Botschaftsangestellten und der Handelsvertretung entfernt werden.**

**2. Sämtliche verhafteten Angestellten der Sowjetbotschaft und der Wirtschaftsinstitutionen der Sowjetunion müssen sofort freigelassen werden.**

**3. Sämtliche Dokumente, die in den Räumen des Militärattachés fortgenommen wurden, müssen unverzüglich zurückgegeben werden.**

**4. Effekten, Geld, Haushaltungsgegenstände, Bücher und sonst von der Polizei und dem Militärkommando geplündertes und beschlagnahmtes Gut muß den Eigentümern unverzüglich zurückgegeben werden.**

**Die Sowjetregierung glaubt, daß sie bis zur Erfüllung dieser Forderungen gezwungen sei, zum Zeichen des Protestes ihren Geschäftsträger Tschernych mit der ganzen Gesandtschaft aus Peking abzuberufen und nur das Personal, welches zur Erfüllung der konsularischen Funktionen nötig ist, dort zu belassen. Die Sowjetregierung beschränkt sich auf diese Forderungen, welche die Pekinger Regierung eventuell in eine erniedrigende Lage bringen.**"

Zum Schluß heißt es, Peking sei das „Werkzeug eines von verantwortungslosen Kreisen des Auslands getriebenen Spiels geworden, die Rußland zum Kriege herausfordern" wollten. Rußland wolle jedoch den Frieden. Als Antwort auf die Pekinger Herausforderung, die eine Verschlechterung der internationalen Lage und eine Umwandlung der tatsächlich bereits in Gang gebrachten Kriegsoperationen einiger imperialistischer Mächte gegen China in einen neuen Weltkrieg bezwecke, erkläre die Sowjetregierung, daß sie sich von niemand provozieren lasse.

**Tschangkaischek bedauert den Zwischenfall.**

Nach einer Meldung aus Schanghai sandte Tschangkaischek, der Oberbefehlshaber der Kantonesen an den Geschäftsträger der Sowjetunion in Peking Tschernych ein Telegramm, in dem er seine Empörung und Entrüstung anläßlich des Ueberfalls auf die Sowjetbotschaft ausspricht.

## Ein russischer Konsul überfallen.

Der Täter verhaftet. — Der Zwischenfall beigelegt.

Wie aus Königsberg gemeldet wird, ist dort auf den russischen Konsul Kantor ein Ueberfall verübt worden. Der Konsul wurde von einer größeren Anzahl mit Windjacken bekleideter Männer angerempelt und erhielt Stockschläge über den Kopf, die ihn zu Boden streckten. Schupomannschaften nahmen etwa 20 Mann fest.

**Nach einem amtlichen Bericht**

der Kriminalpolizei hat der Konsul sich bei dem Fall eine Verletzung des Fußes und der Hand zugezogen, die jedoch nicht ernster Natur sind. Als Täter ist der in Rußland geborene reichsdeutsche Hauslehrer Boris Lechel ermittelt worden, der sich in Haft befindet. Die übrigen Sistierten sind vernommen und danach wieder freigelassen worden.

Lechel erklärt, mit etwa 50 Begleitern aus einer nationalsozialistischen Versammlung gekommen zu sein, als sie plötzlich auf mehrere Personen stießen, die sich in russischer Sprache in abfälliger Weise über die Christen in Rußland äußerten. Das habe ihn so gereizt, daß er sich nicht mehr habe halten können. Er habe blindlings auf den Konsul losgeschlagen, habe aber nicht gewußt, daß er den russischen Konsul vor sich hatte. Er habe vielmehr geglaubt, es mit einem russischen Juden zu tun zu haben. Die Begleiter des Konsuls bestreiten, daß dieser sich irgendwie abfällig geäußert hat.

Diplomatische Rückwirkungen dürfte der Zwischenfall, der in politischen Kreisen bedauert wird, nicht haben. Der Regierungs- und der Polizeipräsident von Königsberg haben dem Konsul einen Besuch abgestattet. Außerdem hat ein Vertreter des Auswärtigen Amtes der russischen Botschaft in Berlin auch das Bedauern der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 12. April 1927.

— Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius wird sich am 19. April nach Mailand begeben, um die dortige Messe zu besichtigen.

— Zwischen der Stadt Düsseldorf und den Rheinischen Stahlwerken sind Verhandlungen zwecks Beteiligung der Stadt an dem Erwerb der linksrheinischen Kohlenfelder aufgenommen worden.

*

:: **Berufung im Disziplinarverfahren Kölling-Hoffmann.** Gegen das Urteil des Oberlandgerichts Naumburg im Disziplinarverfahren gegen die Magdeburger Richter Kölling und Hoffmann haben Generalstaatsanwalt und Verteidiger Berufung eingelegt.

:: **Arbeitnehmervertreter bei Handelsvertragsverhandlungen.** Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, bei Handelsvertragsverhandlungen in Zukunft auch Vertreter der Arbeitnehmer hinzuzuziehen. Wie mitgeteilt wird, ist jetzt das Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Reichswirtschaftsrats Baltrusch nach Paris gefahren, um an den dortigen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen teilzunehmen.

## Rundschau im Auslande.

* Der aus dem Weltkrieg bekannte österreichische Heerführer Generaloberst Roth-Limanowa ist im Alter von 68 Jahren gestorben.

* Der 1919 gewählte Stadtrat von Warschau ist durch Dekret des Staatspräsidenten aufgelöst worden. Die Neuwahlen finden in der letzten Maiwoche statt.

* Vor dem italienischen Sondergerichtshof zum Schutz des Staates begann der Prozeß gegen Zaniboni, Capello und fünf andere Angeklagte wegen des im November 1925 gegen Mussolini geplanten Attentats.

* Zwischen England und Griechenland wurde ein Schuldenabkommen unterzeichnet, in dem sich Griechenland verpflichtet, seine 430 Millionen Schuld in 62 Jahresraten zu tilgen.

*

**Holländisch-belgischer Zwischenfall.**

* Wie verlautet, sollen in der Gegend von Maastricht Belgier holländisches Gebiet betreten und Propagandazettel angeschlagen haben, auf denen die Vereinigung von Lim-

burg mit Belgien getroffen wird, um diese Provinz vor Schäden infolge der Ablehnung des holländisch-belgischen Vertrages zu bewahren.

**Kommunistenverhaftungen in Paris.**

In Paris sind zwei kommunistische Gewerkschaftssekretäre russischer und litauischer Nationalität verhaftet worden. Weiterhin auch eine Russin. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters sind drei weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Ebenso wurde das Bureau der kommunistischen Partei durchsucht. Die Verhafteten, die sich in Flugzeug- und Artillerielagern verdächtig gemacht haben, sollen auf frischer Tat ertappt sein, und zwar in einem Augenblick, als einer von ihnen seinem Kameraden ein Schriftstück überreichte, das „von außerordentlicher Bedeutung" sei.

## Hohe Geldstrafe im Stresemann-Prozeß.

Dr. Müller muß 10000 Mark zahlen und die Kosten tragen.

Der Plauener Prozeß gegen den Rechtsanwalt Dr. Müller wegen Beleidigung des Außenministers Dr. Stresemann wurde am Montag mit der Verkündigung des Urteils beendet.

**Dr. Müller wurde wegen öffentlicher Beleidigung des Außenministers zu einer Geldstrafe von 10000 Mark sowie zur Tragung der Prozeßkosten und zum Ersatz der dem Nebenkläger Dr. Stresemann erwachsenen Auslagen verurteilt. Als Ersatz der Geldstrafe gilt eine Gefängnisstrafe von 100 Tagen.** Weiterhin wurde dem Nebenkläger das Recht zugesprochen, das Urteil in Berliner, Hamburger, Kölner und Plauener Zeitungen auf Kosten des Verurteilten zu veröffentlichen. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten beantragt.

**Ein politisches Hochzeitspaar.**

Reichstagsabgeordneter von Kardorff und die frühere volksparteiliche Abgeordnete Frau von Oheimb, deren Trauung dieser Tage in Goslar erfolgte.

## Riesen-Banderolenbetrug.

Nach vorläufiger Feststellung mindestens 40 Milliarden Mark hinterzogen. — Der bisher größte deutsche Zollbetrug.

**Ein eigens eingerichtetes Sonderdezernat beim Berliner Landgericht I sowie die Berliner, die Kölner und die Hamburger Zollbehörden befassen sich zur Zeit mit einer Zollbetrugsaffäre, die sich jetzt schon als die größte Affäre, die jemals in Deutschland auf diesem Gebiete vorkamen, erweist.**

Ganz Deutschland wurde seit etwa fünf bis sechs Monaten mit gefälschten Banderolen überschwemmt. Allein von einer Hamburger Firma wurden für 40 Millionen Mark falsche Banderolen vertrieben. Bisher sind bereits sehr zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Wie Berliner Blätter mitteilen, sollen die Inhaber mehrerer Zigarettenfabriken mit in die Affäre verwickelt sein. Die Hauptfabrik, in der die gefälschten Banderolen hergestellt wurden, ist noch nicht ausfindig gemacht. Eine Nebenfabrik wurde vor wenigen Tagen in Wiesbaden ausgehoben. Die Fälschungen, die in den letzten Tagen aufgetaucht sind, sind so raffiniert ausgeführt, daß die Zollbehörden sie nicht mehr von den echten unterscheiden können. Die Reichsdruckerei ist deshalb als Obergutachter angerufen worden.

Wie weiter verlautet, beträgt die Zahl der in Hamburg verhafteten verdächtigen Personen insgesamt zwanzig. Die Suche nach der geheimnisvollen Fabrik wird mit Eifer fortgesetzt. Dem Vernehmen nach führen ausfichtsreiche Spuren nach Sachsen. Man vermutet, daß die gesamten Fälschungen nicht unerheblich über die Summe von 40 Milliarden Mark hinausgehen.

## Großer Sieg der Nordarmee.

Kanton auf dem Rückzug. — Panik in Schanghai.

**Die ersten Meldungen über die Niederlage der Kantonarmee werden bestätigt. Unter Führung von Suntschuanfang hat die Nordarmee ihren erfolgreichen Vormarsch weiter fortgesetzt und an drei Punkten das Nordufer des Yangtse gegenüber Tschinkiang erreicht. Obwohl die nordchinesischen Streitkräfte den Fluß nicht überschritten haben, ziehen sich die Nationalisten bereits längst der Eisenbahn nach Tschangtschau und Nanking zurück. Der Oberkommandierende der Kantonarmee hat sich darauf sofort nach Nanking begeben und sämtliche Truppen an die Front geworfen.**

Der Erfolg der Nordtruppen ist in erster Linie auf die Schwächung der Kantonpartei durch innere Auseinandersetzungen zurückzuführen, die immer erbittertere Formen annehmen. Für den jetzigen Erfolg der Nordtruppen ist aber auch der Umstand von Bedeutung, daß zur Zeit des Kampfes

**ein englisches Kanonenboot**

in ein Feuergefecht mit den Tschinkiang beherrschenden Forts geriet, die von dem Kanonenboot unter Feuer genommen wurden. Die Kanonleute behaupten, daß das Vordringen der Nordtruppen nur dadurch möglich gewesen sei.

In Schanghai hat der Sieg der Nordarmee eine ungeheure Erregung ausgelöst. Wilde Gerüchte sind im Umlauf, nach denen die Nordarmee in breiter Front auf den Yangtse vorrückt. Die Unruhe wird noch verstärkt durch den

**Abzug der Elitеregimenter Kantons,**

die sich in Eilmärschen an die Front begeben. Teilweise wird bereits die Wiedereroberung Schanghais durch die Nordtruppen befürchtet. Die europäischen Truppen befinden sich im Alarmzustand. Die Verteidigungsanlagen werden verstärkt.

## Schlußdienst.

**Zur Ankunft der „New York" in Amerika.**

— Hamburg, 12. April. Bald nach der Ankunft des Hapag-Dampfers „New York" in New York fuhren, wie durch Radiotelegramme hierher gemeldet wird, der Bürgermeister Walker und der deutsche Botschafter Freiherr von Maltzan dem Dampfer bis zur Quarantänestation entgegen. Am Hafagplatz fanden dann die großen Empfangsfeierlichkeiten statt. Nach den Begrüßungsfeierlichkeiten nahmen die deutschen Pressevertreter bei dem deutschen Presseklub das Frühstück ein. Auch für die kommenden Tage ist noch eine Reihe von Empfängen vorgesehen. In Washington werden die deutschen Presseleute am Freitag bei dem deutschen Botschafter zu Gaste sein.

**Schlesienreise Grzesinskis.**

— Breslau, 12. April. Der preußische Innenminister Grzesinski traf gestern hier ein, um sich persönlich eingehend über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Breslau und Schlesien zu informieren. Der Minister nahm Referate von Vertretern der Wirtschaft, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer entgegen und begab sich heute in das Waldenburger Gebiet. Den Abschluß der Fahrt bildet eine Reise durch die übrigen niederschlesischen Grenzkreise.

**19 Soldaten durch ein Auto verletzt**

— Dessau, 12. April. Mit großer Wucht rannte in der Albrechtsstraße eine Kraftdroschke in eine Marschkolonne. Insgesamt haben 19 Soldaten Verletzungen davongetragen. Die Verletzungen mehrerer Soldaten sind ernster Natur.

**Politische Zusammenstöße in Köln.**

Köln, 12. April. Hier gerieten Kommunisten und Hitlerleute auf offener Straße in politische Auseinandersetzungen, die schließlich einen tätlichen Charakter annahmen, wobei auf beiden Seiten mehrere Personen durch Hieb- und Stichwaffen schwer verletzt wurden. Mehrere Nationalsozialisten und Kommunisten wurden verhaftet. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

**Prozeß Marek in zweiter Auflage.**

— Wien, 12. April. Vom Staatsanwalt ist wegen des Freispruches von Emil und Martha Marek vom Versicherungsbetruge und der Marie Mraz wegen falscher Zeugenaussage die Nichtigkeitsbeschwerde und wegen des Strafausmaßes bei der Verurteilung des Ehepaares, der Paula Löwenstein und des Karl Mraz Berufung eingelegt worden.

**Polizeischutz für Kellogg.**

— Washington, 12. April. Die Bestätigung des gegen die Kommunisten Sacco und Vanzetti gefällten Todesurteils hat in Amerika eine neue Bewegung gegen die Vollstreckung des Urteils hervorgerufen. Große Zeitungen und angesehene Personen bezeichnen die Verurteilung als einen Justizirrtum und erklären, das Gericht habe absichtlich die Augen vor der Wahrheit verschlossen. Da die Agitation immer heftiger wird, ist dem Staatssekretär Kellogg ein besonderer Polizeischutz zugeteilt worden.

## Annahme der Hauszinssteuer.

**Die neuen Sätze vom Landtag gebilligt.**

— Berlin, den 7. April 1927.

**In Beginn seiner heutigen Beratungen nimmt der Landtag ohne jede Aussprache den Urantrag der Regierungsparteien über die Aenderung der Hauszinssteuer in dritter Lesung und danach gleich in der Schlußabstimmung gegen die Rechtsparteien und Kommunisten an. Dabei fand noch Annahme ein Antrag v Campe (D. Vp.), bei Neufestsetzung der Richtlinien für die Verteilung der Hauszinssteuer den Rückfluß der Hauszinssteuerhypotheken in stärkerem Maße zu begünstigen, insbesondere den Zinssatz der Rückzahlungshypotheken herabzusetzen. Ebenso ein Antrag der Deutschnationalen und des Zentrums auf Anrechnung der Zinsen und Tilgungsbeträge aus Reparationshypotheken auf die Hauszinssteuer angenommen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.**

Weiterhin erledigte das Haus noch eine Reihe kleinerer Vorlagen. Die Gesetzentwürfe zur Bereitstellung von Kreditmitteln für Wohnungsbau, Errichtung von Landarbeiterwohnungen, Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge u. a. werden an den Ausschuß überwiesen. Ebenso Gesetzentwürfe zur Ausgestaltung des staatlichen Domänenbesitzes sowie zur Urbarmachung staatlicher Moore in Ostpreußen. In allen drei Lesungen wird ein Gesetzentwurf angenommen, der Härten bei Berechnung der Dienstzeit der Volksschullehrer ausgleichen will. Nach den Ausschußbeschlüssen findet auch in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über das Diensteinkommen der Gewerbe- und Handelslehrer und -lehrerinnen in den Berufsschulen Annahme, wonach diese Lehrpersonen nach den Besoldungsgruppen A 9, A 10 und A 11 besoldet werden sollen.

Darauf wird die Beratung des Gestütshaushalts angenommen, die aber zur Vornahme der

**Abstimmungen zum Forstetat**

unterbrochen wird. Die Ausschußbeschlüsse werden angenommen, u. a. auch auf Besserstellung der Förster. Nach den angenommenen Anträgen soll die Altersgrenze bezw. Zwangspensionierung für Forstbeamte aufgehoben werden. Das Staatsministerium soll nur solchen Handelsverträgen zustimmen, die ebenfohohe Holzzölle enthalten, wie im deutsch-schwedischen Handelsvertrag. Der Etat wird in zweiter Lesung bewilligt.

Im weiteren Verlauf der Debatte zum Gestütsetat weist Landwirtschaftsminister Dr. Steiger daraufhin, daß die Pferdeeinfuhr gegenüber 1913 erheblich gesunken sei. Eine zu starke Oeffnung der Grenze würde das Gegenteil einer Hebung des inneren Marktes bedeuten. Die Landwirtschaft könne ohne Gestütsverwaltung nicht auskommen.

Nach längerer Debatte, an der die Abgeordneten Frau Wohlgemuth (Soz.) und Jacobs-Nassau (Ztr.) teilnehmen, wird die Aussprache geschlossen. Der Etat nach den Ausschußbeschlüssen in zweiter Lesung angenommen, ebenso der deutschnationale Antrag auf höhere Pferdezölle. — Ohne Debatte wird der Etat des Landtags sowie der des Staatsrats in zweiter Lesung erledigt.

Annahme fanden noch mehrere Anträge, u. a. auf sofortige Inangriffnahme des „Sofort-Programms" für den Osten, auf Bereitstellung von Staatsmitteln. Der gleichfalls angenommene Fonds zur Erhaltung der Kleinbahnen wurde auf deutschnationalen Antrag von 2 auf 5 Millionen erhöht.

Nächste Sitzung: Freitag.

## Das Zollabkommen mit Paris.

**Zustimmung des Reichstags trotz schwerer Bedenken.**

— Berlin, den 7. April 1927.

Die heutige Reichstagssitzung weist eine reichhaltige Tagesordnung auf. Zunächst wird der in Gesetzform eingebrachte Antrag der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und Bayerischen Volkspartei angenommen, wonach der Aussenkredit des Reichs für Lieferungsgeschäfte nach der Sowjet-Union erneut bis zum Höchstbetrag von 23½ Millionen übernommen werden soll. Im Anschluß daran wird das deutsch-französische Abkommen über die **Unterhaltung der Saargrenze** ebenfalls in allen drei Lesungen angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung erhält Abg. Behrens (Dntl.) das Wort zu einer Erklärung, in der er sich gegen den Vorwurf verteidigt daß er es bei der Ausschußberichterstattung über die Zündholzvorlage an der notwendigen Objektivität habe fehlen lassen. Dieser Vorwurf habe sich heute im Ausschuß als völlig falsch erwiesen. Im Ausschuß habe niemand die Objektivität des Berichts angezweifelt. Die ganze Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß sei offenbar nur auf die Absicht zurückzuführen, die Angelegenheit zu verschleppen.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Dr Wirth, der völkische Abgeordnete Dr. Frick habe ihm im Anschluß an das Unterstützungsgesuch der deutsch-russischen Handelsgesellschaft „Mologa" den Vorwurf parlamentarisch-politischer Korruption gemacht. Demgegenüber betont der Redner, daß er niemals an die Regierung herangetreten sei mit irgendeinem Antrag, die „Mologa" zu subventionieren.

Auf Bitten des Vorredners bestätigt Reichswirtschaftsminister Dr. **Curtius**, daß seines Wissens Dr. Wirth niemals den Versuch unternommen habe, in die sachliche Erledigung der Angelegenheit einzugreifen.

Hierauf wird eine Entschließung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses angenommen, nach Rückzahlung der Abwicklungskredite zur baldigen Entlastung der Landwirtschaft von der Rentenbankgrundschuld auf eine Bereitstellung hierfür geeigneter Mittel bei der Rentenbank-Kreditanstalt Bedacht zu nehmen.

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung wird das

**Handelsprovisorium mit Frankreich**

beraten. Namens der Regierungsparteien erklärt Abg. v. **Guérard** (Ztr.), das Abkommen habe bei allen Regierungsparteien lebhafteste Bedenken hervorgerufen, weil die Regierung Zugeständnisse für die Weinzölle gemacht habe, die den Abschluß eines endgültigen Vertrags erschwerten. Sogar die Kontingentierung der Einfuhr sei weggefallen. Auch der Schutz des Gemüse- und Obstbaus sei durchlöchert. Ebensowenig erfreulich sei das Provisorium für die deutsche Industrie. Die französischen Zugeständnisse beschränkten sich zudem im wesentlichen auf die Maschinen- und Elektroindustrie. Leder-, Eisen- und Stahlindustrie seien unberücksichtigt geblieben. Auch habe keinerlei Bindung der französischen Zollsätze erreicht werden können. **Wenn sich die Regierungsparteien trotzdem entschlossen hätten, dem Abkommen zuzustimmen, so geschehe das nur in der Erwartung, daß ein die deutschen Interessen genügend berücksichtigender, langfristiger endgültiger Handelsvertrag auf der Grundlage gegenseitiger Meistbegünstigung abgeschlossen wird. Die Regierungsparteien erklären schon heute, daß sie der weiteren Einfuhr französischer Weine zu den ermäßigten Zollsätzen des deutsch-italienischen und -spanischen Zollvertrags nicht zustimmen werden, und daß sie einer Herabsetzung der Zollsätze unter die mit Italien und Spanien vereinbarten Sätze in keinem Fall ihre Zustimmung geben können.**

Abg. **Stubbendorf** (Dntl.) erstattet den Ausschußbericht: Von Regierungsseite wurde die Befürchtung geäußert, daß die Zugeständnisse Frankreichs verloren gehen könnten, wenn das Provisorium nicht zustande käme. Die Regierungsparteien haben im Ausschuß dem Provisorium nur zugestimmt im Hinblick auf außenpolitische Gesichtspunkte.

Abg. Dr. **Hilferding** (Soz.) betont, dieser Vertrag sei besonders ungünstig, das gebe auch die Erklärung der Regierungsparteien zu. Der Zoll nutze dem deutschen Weinbau nichts. Die italienische Sonne sei dem deutschen Klima überlegen. Nun habe man die Gelegenheit benutzt, auch den Mehlzoll von 10 auf 11,50 Mark zu erhöhen. Dieser Mehlzoll bedeute eine sofort wirksame Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels. **Deshalb lehne** die Sozialdemokratie dieses Provisorium ab.

Abg. **Meyer** (Dem.) erklärt, aus außenpolitischen Gründen würden die Demokraten nicht gegen das Provisorium stimmen, sie lehnten aber die Verantwortung für dieses Provisorium und die jetzigen handelspolitischen Methoden ab. Deshalb würden sie sich der Abstimmung **enthalten**.

Abg. Dr. **Rosenberg** (Kom.) meint, Nutznießer dieses Provisoriums seien nur der Chemie-Trust und einige große Werke der Elektroindustrie.

Abg. **Rönneburg** (Dem.) lehnt einen von den Sozialdemokraten eingebrachten Antrag auf Suspendierung der Roggenzölle ab, und beantragt statt dessen eine Aufhebung der Futtermittelzölle bis zum 30. Juni d. Js.

Abg. v. **Kemnitz** (Dntl.) ersucht, diese beiden Anträge abzulehnen, da sie schwebende Handelsvertragsverhandlungen stören würden.

**Darauf wird das deutsch-französische Handelsprovisorium in allen drei Lesungen mit 189 Stimmen der Regierungsparteien gegen 163 Stimmen bei 20 Enthaltungen der Demokraten angenommen. Die Zollanträge werden gegen die Linke abgelehnt.**

Nach der Abstimmung über das Handelsprovisorium vertagt sich das Haus auf kurze Zeit, da die Beratung des Arbeitszeitnotgesetzes wegen des Fehlens der Drucksachen noch nicht in Angriff genommen werden kann.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung tritt das Haus in die zweite Beratung des

**Arbeitszeitnotgesetzes**

ein. Der Abg. **Schneider** (Dem.) der den Ausschußbericht erstattet, führt aus, die Vorlage habe in der ersten Lesung keine Aenderung erfahren, da alle Abänderungsanträge abgelehnt seien. Abg. **Schwarzer** (Bayr. Vp.) erklärt namens der Regierungsparteien, eine endgültige Regelung der Ar-

deutzeit sei erst in dem Arbeitszeit-Schutzgesetz möglich. Das Notgesetz bringe aber einige wesentliche Verbesserungen für die Arbeitnehmer, die Ueberstunden seien beschränkt und müßten mit einem höheren Lohnzuschlag bezahlt werden. Deshalb würden die Regierungsparteien dem Gesetz trotz mancherlei Bedenken zustimmen.

Abg. **Grotewohl** (Soz.) begründet eine ganze Reihe Abänderungsanträge. Danach kommt noch der Abg. **Florin** (Komm.) zu Worte der dem Gesetzentwurf aufs schärfste bekämpft. Danach beginnt das Haus die Einzelberatung, die sich bis in die späten Abendstunden hinzieht.

## Ein Gedenktag des Entsetzens.

Die ungeheure Katastrophe der „Titanic".

Am 14. April d. Js. sind 15 Jahre seit der entsetzlichen Katastrophe verflossen, die dem 45 000 Tonnen großen, neuen englischen Riesendampfer „Titanic" der White Star Linie an der nordamerikanischen Küste widerfuhr.

Auf seiner ersten Fahrt von Europa nach New York stieß die „Titanic" um 11 Uhr abends bei Cape Race in Neufundland mit einem etwa 1000 Fuß hohen Eisberg zusammen und sank. Zunächst machten stark optimistisch gefärbte Meldungen krampfhafte Versuche, die Größe der Katastrophe nach Möglichkeit zu verschleiern, schließlich aber war es nicht mehr länger zu verschweigen, daß von den 2440 Personen (Bemannung und Passagieren) insgesamt 1635 den Tod in den Fluten gefunden hatten. Wie man später noch erfuhr, entwickelte der Dampfer auch noch im Augenblick der Katastrophe volle Geschwindigkeit. Eine Viertelstunde nach dem Zusammenstoß verschwand der geheimnisvolle Eisberg völlig aus dem Gesichtskreise. Da den Passagieren erklärt worden war, das Schiff sei unsinkbar, war zunächst eine Panik vermieden, später jedoch kam es zu fürchterlichen Kämpfen um die Boote, wobei ein halbes Dutzend Passagiere niedergeschossen wurde.

Wenn man damals die Fahrgäste mit der Erklärung beruhigte, das Schiff sei unsinkbar, so war das natürlich ein von höchster Not und Verzweiflung diktierter Versuch, eine ungeheure Panik hintanzuhalten. Unsinkbare Schiffe gibt es nicht. Die Meinung, daß man Fahrzeuge bauen könnte, die sich unter allen Umständen schwimmend halten, wurde zwar eine Zeitlang von den Klassifikations-Gesellschaften vertreten. Aber gerade der Untergang der „Titanic" hat die Welt eines anderen belehrt. Allerdings ist ständig eine sehr starke Minderung in der Zahl der Schiffsunfälle und der Personen, die auf Seefahrten umkommen, zu beobachten.

Eine der wichtigsten Sicherheitseinrichtungen für Seeschiffe ist der Doppelboden, der von vorn bis achtern unter dem ganzen Fahrzeug hinläuft. An der Stelle, die am stärksten bedroht ist, weil das Auflaufen auf Grund die am häufigsten vorkommende Art der Schiffsunfälle bildet, besitzt das Fahrzeug also eine doppelte Außenhaut. Wird die untere Beplankung aufgerissen, so läßt die Decke des Doppelbodens doch kein Wasser ins Schiffsinnere dringen. Diese Einrichtung hat sich oft bewährt.

Als besonders stark gefährdet hat auch das Vorschiff zu gelten, das bei Zusammenstößen am heftigsten beansprucht wird. In den neuen, ganz großen Schiffen erhält deshalb auch das Vorschiff eine Verdoppelung der Außenhaut, die bis zu einem über der Wasserlinie liegenden Deck durchgeführt ist. Beim „Imperator" z. B. reicht die Doppelwand vom Vorsteven bis zur Wand des vordersten Kesselraums. Die Breite der Wallgänge zwischen den beiden Beplattungen beträgt 1½ Meter. Wäre es möglich, diese Sicherheitsmaßregel über das ganze Schiff durchzuführen, dann könnte ein Vollaufen wirklich kaum mehr vorkommen, besonders dann nicht, wenn der Zwischenraum mit einer leichten, elastischen Masse angefüllt wäre, die jeden Stoß bremste. Leider geht es nicht an, die Schiffe auf diese Art zu sichern, da alsdann so große Räume ungenutzt bleiben müßten, daß eine Wirtschaftlichkeit des Betriebs nicht mehr zu erzielen wäre.

## Aus der Heimat

Spangenberg, den 12. April 1927.

### Gründonnerstag.

Der Gründonnerstag ist seit dem fünften Jahrhundert für die christliche Kirche der Gedenktag der Einsetzung des heiligen Abendmahles. Mit diesem Tage nehmen die dem Osterfeste vorausziehenden Kartage ihren Anfang. In der katholischen Kirche wird in Anbetracht der bevorstehenden Trauertage und auch in Erinnerung an die Kleiderberaubung des Erlösers aller Schmuck von den Altären entfernt. Am Gründonnerstag läuten auch zum letzten Male die Glocken. Sie bleiben stumm bis zum Karsamstag abend, wo dann feierliches Geläut die Nähe des Osterfestes verkündet. Der Volksglaube, der besonders noch viel in Süddeutschland fortlebt, behauptet, daß die Glocken während dieser stillen Tage nach Rom wandern.

Am Gründonnerstag erfolgt auch unter feierlichen Zeremonien die Weihe der heiligen Oele, die im Laufe des Jahres in der katholischen Kirche benötigt werden. Mit dem Gründonnerstag stehen ferner in Zusammenhang die Fußwaschungen, die das Symbol der Demut und der christlichen Nächstenliebe darstellen. Sie erinnern an den Vorabend des Todestages des Erlösers, an dem der Heiland seinen Jüngern ebenfalls die Füße wusch. Als ein Teil der kirchlichen Osterbräuche findet man die Fußwaschungen schon im vierten Jahrhundert.

In der Bezeichnung Gründonnerstag lebt nicht zuletzt auch die Freude an dem jungen Grün des Lenzes fort. Daher hat sich auch bis auf den heutigen Tag der Brauch forterhalten, am Gründonnerstag Grünes zu essen, wie z. B. Spinat, Kräutersuppen und dergleichen.

△ **Die aufgerufenen Rentenbankscheine** zu fünf Mark mit dem Datum vom 1. November 1923 (ohne Kopfbildnis) verlieren am 14. April ihre Gültigkeit. Bis zu diesem Tage findet ein Umtausch noch bei den Kassen der Reichsbank und bei der Deutschen Rentenbank statt.

* **Ferienordnung für das Schuljahr 1927/28.** Die am Sonnabend begonnenen Osterferien dauern 16 Tage und zwar bis Dienstag, den 26. April. Es folgen Pfingstferien (10 Tage) von Freitag, den 3. Juni bis Dienstag, den 14. Juni; Sommerferien (31 Tage) von Freitag, den 1. Juli bis Dienstag, den 2. August; Herbstferien (14 Tage) von Dienstag, den 27. September bis Mittwoch, den 12. Oktober; Weihnachtsferien (14 Tage) von Mittwoch, den 21 Dezember bis Donnerstag, den 5. Januar 1928.

— **Handball.** In einem sehr wichtigen Treffen schlugen am vergangenen Sonntag die Spangenberger Turner den Bebrar Turnverein überraschend hoch mit 4:0. Wir werden auf das Spiel noch zurückkommen.

× **Waldlauf.** Der Turner August Gagel konnte beim Waldlauf des 3. Bezirks des Fulda-Edder-Gaues den 2. Platz belegen.

* **Preiskegeln.** Am 2. Osterfeiertage veranstaltet der Kegelklub „Gut Holz" auf der Heinz'schen Kegelbahn ein Preiskegeln. Schon heute weisen wir darauf hin. Näheres Inseratenteil nächster Nummer.

× **Die Eröffnung der Auto-Omnibuslinie Melsungen—Spangenberg** findet am 14 4 27 statt.

+ **Helft den Alheimerturm bauen.** Zur Errichtung eines Aussichtsturmes, verbunden mit Jugendherberge, auf dem Alheimer hat der Herr Oberpräsident eine Lotterie bewilligt. Sie besteht aus 60 000 Losen zu je 60 Pfg. einschl. der Steuer. Der Wert der Gemeinen steht in einem so günstigen Verhältnis zur Spielsumme, wie wohl selten in einer Warenlotterie. Die Lose werden so gezogen, daß auf je 10 Lose mit den Endzahlen 0—9 mindestens ein sicherer Gewinn fallen muß. Lose sind bei der hiesigen städtischen Sparkasse zu haben.

× **Stutenkörung in Spangenberg.** Am Sonnabend, den 14. Mai 1927 vormittags 10 Uhr findet, von der Landwirtschaftskammer veranstaltet, eine Stutenkörung auf dem Platz vor der Schmiede von Sonntag zur Eintragung der Stuten in das kurhessische Stutbuch und zur Verteilung von Zuchtmaterialerhaltungsprämien statt.

§ **Wasser- und Stromversorgung.** Das vordere Dörnbachgelände, auf dem kurz vor dem Weltkriege die Salzmannsche Weberei und Spinnerei errichtet wurde, hat sich infolge der Entwicklung der Unternehmungen der Firmen G. W. Salzmann und Spangenberger Holzindustrie im Laufe der Zeit besiedelt. Es wohnen 11 Familien dort. Die Stadt hat deshalb den Anschluß des Dörnbachs an das Wasser- und Stromnetz, der einen nicht unerheblichen Kostenaufwand bedingt, ins Auge gefaßt. Nach Beendigung des Währungsverfalles ist sowohl bei der Wasserwerkskasse als auch bei der Stromkasse wieder mit der Bildung einer Sicherheitsrücklage begonnen worden. Diesem Umstande ist es zu verdanken, daß die Durchführung des Anschlußplanes eine Erhöhung des Wasser- und Stromgeldes nicht nach sich zieht.

* **Zunehmende Nachtfrost-Gefahr?** Nachdem die Tiefdruckstörungen, die bisher Mitteleuropa teilweise recht kräftige Niederschläge gebracht haben, ostwärts abgezogen sind, befinden wir uns an ihrer Rückseite, an der kältere Luftmassen südwärts vordringen. Es ist daher immer noch mit einzelnen zumteil nicht unerheblichen Niederschlägen zu rechnen. Die Nachtfrost-Gefahr nimmt zu. Vorwiegend herrschen nordwestliche Winde.

**Volkmarsen.** Der von den Raab-Katzenstein-Flugzeugwerken am Sonntag hier veranstalteten Großflugtag nahm in allen Teilen, trotz des schlechten Wetters einen ausgezeichneten Verlauf. Das recht zahlreich erschienene Publikum folgte den wagemutigen Darbietungen mit lebhaftem Interesse.

**Züschen.** In dieser Woche hat die Lehrerfamilie Riese ihren Einzug bei uns gehalten. Lehrer Riese übernimmt eine Lehrstelle an unserer Stadtschule.

**Eschenberg.** Ein Wolkenbruch ging als Frühjahrsbote über unseren Ort nieder. Infolgedessen war die Zufuhr zum Empfangsgebäude des hiesigen Bahnhofes gesperrt. Die Personentunnel, das Transformatorenhaus und auch die Keller des Empfangsgebäudes waren überflutet. während der Eisenbahnbetrieb aufrecht erhalten werden konnte.

**Oberrieden.** Seinen achtundachzigsten Geburtstag beging unser Mitbürger Claus Windus. Dessen Bruder, Musiker Fritz Windus, kann in Kürze seinen dreiundneunzigsten Geburtstag begehen.

**Frankenberg.** Im Alter von 87 Jahren verstarb im benachbarten Vöhl der Rentner Emanuel Katzenstein, der bei der hiesigen Bevölkerung in hohem Ansehen stand. Vierzig Jahre nahm er als Mitglied des Gemeinderates an dem Wohlergehen seines Heimatortes regen Anteil und 49 Jahre war er Vorstand der israelitischen Gemeinde.

**Rinteln.** Die Gegend von Rinteln wird gegenwärtig wieder von einer wahren Brandstiftungsepidemie heimgesucht. In den letzten vier Wochen sind fast ein Dutzend Häuser eingeäschert worden, in den meisten Fällen liegt zweifellos Brandstiftung vor. Nachdem vor kurzem in Steinbergen drei Häuser niederbrannten, davon zwei an einem Tage, brannte in der vergangenen Woche fast jeden Tag ein Haus ab.

## Aus Stadt und Land.

** **Zunehmende Auswanderung aus Deutschland.** Im Jahre 1926 haben 65 281 Deutsche ihrem Vaterland den Rücken gekehrt, um in überseeischen Ländern eine neue Heimat zu suchen. Das bedeutete eine erhebliche Zunahme gegenüber 1913 — 25 843 deutsche Auswanderer — und auch ein Anwachsen gegenüber den Jahren 1924 u. 1925 — 58 328 bzw. 62 828 Auswanderer. Im Jahre 1923 war die Auswanderung infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland allerdings größer — 115 416 Personen —, aber das Wiederanschwellen der Auswandererzahl im vergangenen Jahre charakterisiert genügend die unzureichenden Arbeitsbedingungen und den niedrigen Lebenshaltungsstand der deutschen Arbeitnehmer. Es sind bekanntlich die Besten und Tüchtigsten, die sich zur Auswanderung entschließen. Der steigende Verlust, den die deutsche Volkswirtschaft dadurch erleidet, zeigt sich recht deutlich in dem Auswandererersatz im Verhältnis zu 100 000 Einwohnern. Es verließen 1913 39, 1923 187, 1924 94, 1925 97, 1926 103 Personen von 100 000 Einwohnern Deutschlands die deutschen Grenzen.

** **Wegen nichtbestandener Prüfung** hatte sich der 17jährige Sohn eines in Staaken bei Berlin wohnenden Oberverwaltungssekretärs von zu Hause entfernt. Der junge Mann fuhr nach Oberbayern, wo er die Tiroler Grenze zu überschreiten versuchte. Da er jedoch ohne Barmittel war und auch seines Alters wegen hielt ihn die Grenzkontrolle an und ließ ihn in Schutzhaft bringen. Dort hat sich der Schüler jetzt durch einen Schuß in den Kopf das Leben genommen.

** **Ein prächtiger Fang.** Vor etwa sechs Wochen wurde in Berlin ein 40jähriger Ausländer verhaftet, als er geklebte Brillanten bei Pfandleihern versetzte. Diese geklebten Brillanten zeigten an der Oberseite kleine echte Steine und darunter sehr gute Imitationen. Eine ganze Reihe von Pfandleihern ist auf diese Weise beträchtlich geschädigt worden. Wie sich nunmehr herausstellte, hat man mit dieser Festnahme einen ganz ausgezeichneten Fang gemacht. Der Verhaftete ist nämlich das Haupt einer internationalen Juwelenschwindlerbande, die in Europa und Amerika in den letzten Jahren Betrügereien von riesigem Umfange begangen hat. In einem Falle sind den Gaunern allein 1323 Perlen in die Hände gefallen.

** **Verkehrsinseln als Autofallen.** Als eine große Gefahr für den Autoverkehr erweisen sich die an verschiedenen Stellen Berlins angelegten hölzernen Schutzinseln. Durch die gegenüber der Technischen Hochschule angebrachte Schutzinsel wurde seinerzeit, bereits gleich in der ersten Nacht, ein Autounglück verursacht, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Neuerdings ereignete sich an der gleichen Stelle abermals ein Autounglück, wobei ein Librettist und ein Operettenkomponist schwere Verletzungen davontrugen.

** **Straßenbahn und Mathematik.** Recht interessante Vergleiche lassen sich aus den Leistungen der Berliner Straßenbahn ziehen. Die Straßenbahn der Reichshauptstadt, deren Park nicht weniger als 3600 Wagen umfaßt, bewältigt Tag für Tag insgesamt 450 000 Kilometer. Das sind noch 70 000 Kilometer mehr, als der Abstand der Erde vom Monde beträgt. Sämtliche Straßenbahnwagen Berlins aneinandergereiht würden eine Länge von über 36 Kilometer aufzuweisen haben. Die Gesamtlänge der Berliner Straßenbahngleise beläuft sich auf rund 1100 Kilometer. Das ist etwa die Strecke von Köln bis nach Königsberg in Ostpreußen. In den Hauptverkehrsstunden sind in der Straßenbahn insgesamt 80 000 Sitzplätze und 130 000 Stehplätze zur Verfügung der Fahrgäste. Mit anderen Worten: auf diesen Plätzen ließen sich sämtliche Einwohner von Halle (Saale) und von Kassel unterbringen. An Fahrgästen sind im verflossenen Jahre von der reichshauptstädtischen Straßenbahn im ganzen 813 Millionen Personen befördert worden. Rechnet man diese ungeheuerlich hohe Ziffer auf den Einwohnerbestand Berlins um, dann entfallen auf jeden einzelnen Berliner im Jahre 200 Straßenbahnfahrten.

** **Drei Personen lebensgefährlich verletzt.** Eine Benzinexplosion von schwerster Wirkung trug sich in einem Hause der Wanzlikstraße in Berlin-Neukölln zu. Die im vierten Stockwerk gelegene Wohnung eines Maurers wurde durch den furchtbaren Luftdruck gänzlich zertrümmert, wobei die Frau des Wohnungsinhabers sowie zwei andere Personen lebensgefährliche Verletzungen erlitten. Durch die Explosion wurde die Hausfassade um zwölf Zentimeter nach außen verschoben, sodaß Einsturzgefahr besteht.

** **Jolly vor dem Richter.** In Berlin-Moabit hatte sich jetzt der ehemalige Hungerkünstler Jolly vor dem Richter zu verantworten, da er anläßlich seines damaligen Auftretens eine Ausspielung veranlaßt hatte, und zwar durch die Preisfrage: „Wieviel Besucher waren am letzten Hungertage bei Jolly?" Als Preis waren 10 000 Mark für die richtige Beantwortung der Frage zugesichert. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 40 Mark.

** **Bluttat** — um ein Motorrad zu kaufen. In Köln wurde ein außergewöhnlich frecher Raubüberfall in der Teutoburger Straße verübt. Einem betagten Ehepaare lieferten zwei zwanzigjährige Porzellanmaler eine bestellte Arbeit gegen Bargeld ab. Vorher hatten sie in Erfahrung gebracht, daß die alten Leute einen größeren Geldbetrag in der Wohnung aufbewahrten. Nach Erledigung des Geschäfts schlugen sie plötzlich mit einem Eisenrohr auf die beiden Leute ein und verletzten die Ehefrau derart, daß sie bereits nach kurzer Zeit starb, während der Ehemann selbst noch in Lebensgefahr schwebt. Die Täter konnten eingeholt und verhaftet werden. Sie führen als Grund an, es sei ihnen darauf angekommen, Geld für die Beschaffung eines Motorrades zu erlangen.

** **Zahlreiche Fleischvergiftungen** werden aus Herringen (Westfalen) gemeldet. Dort erkrankten im Ledigenheim der Zeche de Wendel ungefähr 25 Personen nach dem Genuß von Schweinefleisch, das vermutlich verdorben war. Von den Erkrankten mußten 14 Personen dem Krankenhause zugeführt werden. Immerhin scheint bei sämtlichen Personen die Vergiftung einen harmlosen Verlauf zu nehmen.

## Scherz und Ernst.

tk. **Rekord um jeden Preis.** Man ist es schon längst gewöhnt, daß das meiste, was aus Amerika über die Wettsucht bekannt wird, die gesunde Vernunft weit hinter sich läßt. Wieder einmal ist im Lande der unbegrenzten Möglichkeit ein Rekord aufgestellt worden, der selbst die tüchtigsten unserer kaffeetrinkenden Damen weit an Routine übertrifft. Ein junger Mensch mit Namen Carl Shmith — in Amerika heißen wohl alle Leute Shmith — hat in Sioux-City im Staat Jowa im Zeitraume von sechs Stunden einhundertzweiunddreißig Tassen schwarzen Kaffee vertilgt. Herr

Shmith, der Kaffeetassenlöwe, hat nicht etwa einen Herzschlag infolge dieser wahnsinnigen Rekordelei erlitten, sondern er erklärte sogar, er sei noch niemals so vorzüglich bei Stimmung gewesen als nach Ausführung dieser Wette. Trotzalledem seien Neugierige gewarnt, es Herrn Shmith gleichzutun, denn was des einen Uhl ist, das ist, — um ein berühmtes Wort zeitgemäß umzugestalten —, noch lange nicht des anderen Nachtigall.

tl. **Der Leberwurstbaum** ist eine der sonderbarsten botanischen Erscheinungen. Es handelt sich um einen Baum, der in der afrikanischen Wildnis anzutreffen ist und der dem Reisenden, der dieses Naturwunder zum ersten Male sieht, ein wahres Schlaraffenland vorgaukelt. Die Blütendolden dieses merkwürdigen Baumes, die eine purpurrote Farbe aufweisen, entwickeln sich nach und nach zu bräunlichen Früchten, die die Länge von fast einem Meter erreichen. Da sie durch schnurartige Stiele mit den Zweigen verbunden sind, hat es in der Tat den Anschein, als ob Würste auf diesem Baume wachsen. Mit diesen Würsten ist leider jedoch nicht viel anzufangen, denn sie sind nicht genießbar. Lediglich die Samenkerne werden von den Eingeborenen in geröstetem Zustande zu Nahrungszwecken benutzt. Der übrige Teil der Früchte wird getrocknet und zerrieben und dann als Konservierungsmittel für frische Felle benutzt.

## Volkswirtschaft.

**Der Saatenstand im Deutschen Reiche.** Im allgemeinen hat der milde und trockene Witterungsverlauf des vergangenen Winters auf die Saaten einen günstigen Einfluß ausgeübt. Vereinzelte stärkere Niederschläge in den Wintermonaten haben nennenswerte Schädigungen nicht verursacht. Durch Fröste und Schnee sind nur in höheren Lagen stellenweise Auswinterungsschäden entstanden. Die Getreidesaaten sind zumeist gut durch den Winter gekommen. Die bisherige Beurteilung ergibt sich für Weizen. Auch Gerste und Spelz stehen im allgemeinen gut. Weniger günstig lautet die Begutachtungen für Roggen, der infolge vielfacher Verwendung von ungebeiztem Saatgut häufig von Fusarium (Schneeschimmel) befallen ist und einen dünnen und lückigen Stand aufweist. Auch Schäden durch Mäuse- und Schneckenfraß werden mancherorts verzeichnet. Die Frühjahrsbestellung ist in diesem Jahre früher als sonst in Angriff genommen worden und ist bereits gut fortgeschritten. Vereinzelt beginnen die Sommergetreidesaaten bereits aufzulaufen. Vielfach wurden auch schon Frühkartoffeln gepflanzt. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering ergibt sich folgende Begutachtung des Saatenstandes im Reichsdurchschnitt: Winterweizen 2,5 (gegen 2,8 April 1926), Winterspelz 2,6 (2,6), Winterroggen 2,8 (2,8), Wintergerste 2,6 (2,7).

## Handelsteil.

— **Berlin**, den 11. April 1927.

Am Devisenmarkt kleine Erhöhung des Dollarkurses. Das Interesse für das englische Pfund ist etwas zurückgegangen.

Am Effektenmarkt außergewöhnlich feste Tendenz bei sehr lebhafter, teilweise sogar stürmischer Geschäftstätigkeit.

Am Produktenmarkt wirkten die von den Auslandsmärkten gemeldeten Preisermäßigungen hier auf die Haltung von Brotgetreide leicht abschwächend. Die Angebote von Weizen hatten zwar nicht wesentlich zugenommen, aber die Nachfrage war sehr klein. Guter inländischer Bahnroggen kam nur in kleinen Mengen zum Angebot, aber weder für ihn, noch für die reichlicher angestellte Mittelware zeigte sich Kauflust. Der Absatz von Mehl blieb sehr unbefriedigend. Die Umsätze von Futtergetreide und Hilfsfutterstoffen hielten sich bei fast unveränderten, aber ausreichenden Angeboten in ganz engen Grenzen. Hülsenfrüchte, Braugerste und Oelsaaten sind kaum gehandelt worden.

### Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 267—271 (am 9. 4.: 267—271). Roggen Märk. 249—254 (250—255). Sommergerste 218—245 (218 bis 245). Wintergerste 192—205 (192—205). Hafer Märk. 208—216 (208—216). Mais loko Berlin 178—182 (178 bis 182). Weizenmehl 34,50—36,50 (34,50—36,50). Roggenmehl 33,75—35,50 (34—35,75). Weizenkleie 14,25 (14,25). Roggenkleie 15,25 (15,25). Raps —,— (—,—). Leinsaat —,— (—,—). Viktoriaerbsen 42—59 (42—59). Kl. Speiseerbsen 26—29 (27—30). Futtererbsen 22—23 (22—23). Peluschken 20—22 (20—22). Ackerbohnen 20—22 (20—22). Wicken 22—24 (22—24). Lupinen blaue 14—14,50 (14 bis 14,50), gelbe 16—16,50 (16—16,50). Serradella neue 22—25 (22—25). Rapskuchen 14,50—15,60 (14,50—15,60). Leinkuchen 19,60—19,90 (19,60—19,90). Trockenschnitzel 12,10—12,40 (12,10—12,40). Sojaschrot 19,20—19,60 (19,20 bis 19,60). Kartoffelflocken 30—30,30 (30—30,30).

### Eierpreise.

Bericht der Berliner amtlichen Notierungskommission: Inlandseier: 1. große, vollfrische, gestempelte 10¼, 2. frische über 55 Gr. 9—9½, 3. frische unter 55 Gr. 8½, ausfortierte Schmutz- und kleine Eier —,— Pf.: Auslandseier: 1. extragroße 10¾—11¼, 2. große 10, normale 8—8¾, 4. abweichende —,—, 5. kleine und Schmutzeier 6¼—7 Pf.: Kühlhauseier —,— Pf.: Balkeier: —,— Pf. das Stück. — Tendenz: Freundlicher.

### Schlachtviehmärkte.

**Leipzig**, 11. April. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Rinder (559) 22—62, Kälber (931) 55 bis 85, Schafe (699) 30—63, Schweine (2603) 54—63. — Marktverlauf: Kälber mittelmäßig, im übrigen langsam.

**Essen**, 11. April. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Rinder (339) 32—63, Kälber (1678) 50—110, Schafe (42) 45—60, Schweine (5232) 52—62. — Marktverlauf: Rinder langsam, Kälber und Schweine zunächst belebt, zum Schluß abflauend.

Ein Weiser sprach vor vielen Jahren,
— ich glaub', es war Diogenes —
„Was du nicht haben kannst, laß fahren,
man findet leicht was anderes."
Der Mensch braucht wenig, wenn er klug
Das steht in jedem guten Buch.
Auf eins jedoch soll er mit nichten,
so leichter Hand und gern verzichten:
Stets bringt die „Salem" Lust und Freud
von wegen der Bekömmlichkeit.

**SALEM** Rot 4 ₰ Lucullus 5 ₰

**SALEM-ZIGARETTEN**

mit dem goldenen Wappen auf der Packung

**Verreist**
vom 14—18 April
Dr. Buchholtz
prakt. Zahnarzt.

Stempel aller Art
liefert
schnell u. preiswert
Verlag d. Spangenberger Zeitung
H. MÜNZER
Buchdruckerei
SPANGENBERG, Bez. Cassel

**Inserieren bringt Gewinn!**

**Zigarren u. Zigaretten**
preiswert bei
**Richard Mohr.**

Empfehle
**pr. Ochsenfleisch**
für die Feiertage
Mein Geschäft ist Samstag, Sonntag u. Montag geschlossen
**M. Katz.**

**Hypothekengelder**
werden zu sehr günstigen Bedingungen von mir besorgt.
**W. Friedrich Pasche**
Rechts-Revisions und Treuhand-Büro
Spangenberg.

**Raiffeisen.**

Die Mitglieder des Spangenberg-Elbersdorfer Spar- und Darlehnskassenvereins werden zu einer
**ordentlichen Mitgliederversammlung**
auf **Sonntag, den 24. ds. Mts. nachm. 3 Uhr in Spangenberg im Saale des Herrn Heinz** hiermit eingeladen:

Tagesordnung:
1. Vorlage und Genehmigung der Bilanz vom 31. 12. 26.
2. Ergänzungswahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
3. Vortrag über Versicherungswesen.
4. Verschiedenes.

Im Namen
des Aufsichtsrates **Kettler.** des Vorstandes **Frischkorn.**

**Frischen Kopfsalat, Spinat**
billigst
**Gärtnerei am Liebenbach.**

Für die von Ostern 1927 ab einzurichtende
**Obersekunda**
bei der Kreisrealschule in Melsungen werden Anmeldungen bis **zum 26. April d. Js.** von dem Direktor der Schule, Studiendirektor Kauffmann entgegengenommen.

Melsungen, den 11. April 1927.

**Das Patronat der Kreisrealschule**
**Der Kreisausschuß**
Dr. Schuster, Vorsitzender.

**Herzlichen Dank**
allen denen die uns zur Konfirmation unseres Sohnes mit Ihren Glückwünschen erfreuten.
**Familie Franz Nüding.**


## Kirchliche Nachrichten.

Gründonnerstag abend ½8 Uhr: Pfarrer Schönewald
Beichte und heiliges Abendmahl.

**Karfreitag**

**Spangenberg**

Vormittags 10 Uhr: Kreispfarrer Schmitt.
Im Anschluß an den Gottesdienst Vorbereitung für das heilige Abendmahl am 1. Ostertag.

**Elbersdorf.**

Nachmittags 1 Uhr: Kreispfarrer Schmitt
Vorbereitung zum heiligen Abendmahl.

**Schnellrode.**

Gründonnerstag

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Schönewald.

### Eintragung von Fischereirechten.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Fischereirechte, die nicht dem Eigentümer des Gewässers zustehe und am 15. April 1917 bestanden haben, erlöschen, wenn ihre Eintragung in das Wasserbuch nicht bis zum 15. April 1927 beim Bezirksausschuß in Kassel beantragt ist. Der Antrag kann bis zum genannten Tage auch bei der Ortspolizeibehörde gestellt werden.

Melsungen, den 11. April 1927.

**Der Landrat.**

### Oeffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbevertrag für 1927.

Auf die Bekanntmachung des Gewerbesteuerausschusses Melsungen im Mels. Tageblatt Nr. 83 vom 8. 4. 1927 wird hingewiesen. Die Erklärungen werden in den nächsten Tagen zugestellt werden. Sie sind bis zum 30. 4. 27 dem Gewerbesteuerausschuß Melsungen ausgefüllt zurückzureichen.

Spangenberg, den 9. 4. 1927.

1575 **Der Magistrat,**
Schier.

### Kleinkinderschule.

1. Das Schulgeld ist mit Wirkung vom 25. 4. 27 ab von 15 auf 25 Rpfg. je Kind und (angefangene oder volle) Woche erhöht.

2. Es soll alsbald eine Helferin eingestellt werden. Junge Mädchen usw., die gesund sind, Liebe zu Kindern haben und sich überhaupt zu der Tätigkeit berufen fühlen, werden gebeten, sich bis zum 16. 4. 27 bei der Kleinkinderlehrerin Frl. E. Steinhöfel zu melden.

Spangenberg, den 7. April 1927.

1576 **Der Magistrat,**
Schier.

### Vergebung von Arbeiten.

Die Arbeiten der Stromnetzerweiterung vom Gittermast unterhalb des Bahnhofes bis zum Anschluß der Spangenberger Holzindustrie sollen vergeben werden. Die Verdingungen können in der Stadtschreiberei in Empfang genommen werden. Das erforderliche Material stellt die Stadt.

Angebote (verschlossen und mit der Aufschrift „Stromerweiterung" versehen) sind bis zum Mittwoch, den 20. April 1927, vormittags 11 Uhr einzureichen. Eröffnung ¼ Stunde später.

Spangenberg, den 11. April 1927.

**Der Magistrat,**
Schier.

### Vergebung von Erdarbeiten.

Die Arbeiten zur Erweiterung des Liebenbachbades sollen vergeben werden. Die Verdingungsunterlagen können Sonnabend, den 16. April 1927, 8—12 Uhr vormittags in der Stadtschreiberei entnommen werden.

Angebote sind (verschlossen mit der Aufschrift „Liebenbachbad") bis zum Mittwoch, den 20. April 1927, 11 Uhr vormittags hierher einzureichen. Eröffnung der Angebote ¼ Stunde später.

Spangenberg, den 11. April 1927.

**Der Magistrat,**
Schier.